

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenspreis: Die 42 Millimeter breite Zeile 20 Goldpfennige, Eingeladene und Reklamen 30 Goldpfennige.

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit Anzeigen, einzelne Nummern 15 Goldpfennige. Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nummer 3. Fernsprecher-Amt Dippoldiswalde Nummer 3. Postfachkonto Dresden 12 548.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 23

Donnerstag, am 28. Januar 1926

92. Jahrgang

Vertilgers und Sächsisches

Dippoldiswalde. In seiner gefrigen ersten diesjährigen Sitzung nahm der Gesamtvorstand vom Wohltätigkeitsverein 'Sächsisches Fechtschule' u. a. von Dankschreibern für gewährte Weihnachtsgeschenke und davon Kenntnis, daß vom Friedensrichteramt hier wiederum eine namhafte Zuweisung für die Unterstützung erfolgt. Die Jahresgratulation in den hiesigen Tageszeitungen ergab einen Ueberschuß von 96,70 M. Zu einer vom engeren Vorstande in einem besonderen Falle bewilligten Unterstützung wurde nachträglich Genehmigung erteilt. Die Jahresversammlung soll Sonnabend, am 20. Februar, im Bohnhotel stattfinden. In dieser Sitzung kam auch zur Sprache, daß viele der Fechter noch fernleben, weil ihnen Zweck und Ziel teilweise noch völlig fremd sind. Deshalb sei hier folgendes mitgeteilt: Die 'Sächsische Fechtschule' verfolgt den Zweck zur Unterstützung hilfsbedürftiger, insbesondere nimmt sie sich der Jugendpflege an, sie gewährt Ferienaufenthalte für erholungsbedürftige Kinder und strebt die Errichtung von weiteren Kindererholungsheimen an. (Das Erholungsheim in Sockland a. d. Spree ist bereits Eigentum der 'Sächsischen Fechtschule' und auch mehrfach schon von Kindern aus der Stadt und dem Bezirke Dippoldiswalde besucht worden.) Was bietet die 'Sächsische Fechtschule' ihren Mitgliedern? 1. Vergünstigung bei Eintrittspreisen; 2. Ermäßigte Eintrittspreise beim Besuch von Theatern usw.; 3. Gewährt sie den Hinterbliebenen derjenigen Mitglieder, die sich ihrer auf gemeinnützigen Grundlagern errichteten Sterbekasse angeschlossenen haben, 350 M. Sterbegeld. Wer kann Mitglied der 'Sächsischen Fechtschule' werden? Jede Person im Alter von 18 Jahren an, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Was kostet die Mitgliedschaft? Mindestbeitrag 0,50 M. im Jahre. (Mehrbeiträge sind erwünscht und werden dankend angenommen.) Was sind die Aufnahmebedingungen zur Sterbekasse? Aufnahme finden gesunde Personen beiderlei Geschlechts im Alter von 18 bis 60 Jahren, die Mitglieder der 'Sächsischen Fechtschule' sind. Das Eintrittsgeld beträgt 1,10 M., die Aufnahmegebühr 0,50 M., der Umlagebeitrag für jeden Sterbefall 0,15 M. Die Einbeziehung der Umlage geschieht in vierteljährlichen Raten im Voraus. Anmeldebogen nehmen sämtliche Vorstandsmitglieder entgegen.

Lösglich 16.000 Pfändungen in Deutschland. Nach einer Statistik betragen zurzeit in Deutschland die Zwangsversteigerungen in das bewegliche Vermögen des Schuldners täglich 16.000 Stück.

Bekanntlich hat die sächsische Landesfonde auf ihrer letzten Tagung beschlossen, die alte Oberlausitzer Partikularverfassung, die bis in das Jahr 1635 zurückreichte, aufzuheben und dafür namentlich auch für den Regierungsbezirk Bautzen die erblichkeits-Erbverfassung einzuführen. Für die sächsische Oberlausitz wurden vier Eporal- oder Kirchenbezirke gebildet, die sich im wesentlichen mit den Bezirken der vier Amtshauptmannschaften decken. Die Verwaltung dieser Kirchenbezirke liegt in den Händen der Eporalen und Superintendenten mit dem Sitze in Bautzen, Löbau, Kamenz und Jittau. Die Verwaltung dieser Eporalen steht dem Landeskonsistorium zu, das sich zugleich durch Kirchengesetz das Recht vorbehalten hat, in den Fällen, wo in den vier Städten gleichzeitig eine Primariatsstelle zu besetzen ist, erstmalig auch dieser Stelle von sich aus mit zu besetzen, da das Eporalamt in der Regel mit dem Amte des ersten Pfarrers der betr. Gemeinde verbunden ist.

Warum tritt die englische Krankheit (Rachitis) besonders häufig nach den Wintermonaten auf? Weil die Mütter ihre Kinder aus Angst vor Erkältung nicht genügend an die frische Luft bringen. Das Kind braucht zu seinem Gedeihen Licht, Luft und Sonne. Es soll deshalb möglichst viel und täglich ins Freie gebracht werden. Ferner lasse man sich nicht abhalten, viel zu laufen. Defters kurz und ausgiebig die Fenster geöffnet und man verwende keine Wärme und hat doch frische Luft! Wer seinem Kinde während der Wintermonate (sage- und wochentags die frische Luft entzieht, soll sich nicht wundern, wenn er im Frühjahr ein krankes Kind hat.

Vor zehn Jahren, am 26. Januar 1916, wurden die eisernen Gefangenen zum erstenmal ausgegeben, die den eingetragenen Mangel an Kleingeld im Kriege befestigen sollten. Im ganzen wurden zehn Millionen dieser Münzsorte ausgeprägt, an die sich alsbald auch die Münzen- und Altersunterschiede heranmachten. Auch die eisernen Großden sind ein Erinnerungsschild an Deutschlands schwere Feldzeit; sie sind aber inzwischen längst bereits dem Verkehr wieder entzogen. Die amtliche Verordnung lautete damals so, daß sie, ebenso wie die eisernen Fünfpfennigstücke, spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kurs zu setzen seien.

Die für den 30. und 31. Januar in Weising-Altendora angelegten Wettläufe zur Austragung der Sachsenmeisterchaft sind infolge der unangenehm gewordenen Schneelage abgesetzt und auf den 6. und 7. Februar verschoben worden.

Hartmannsdorf. Mittwoch morgen hat sich der nichtständige Lehrer Rudolf Vektou vor Beginn seines Unterrichts entleibt. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist zurzeit noch ganz unklar.

Dösenhof. Vom 24.—25. ds. Mts. hielt der Geflügelzüchterverein zu Dösenhof und umwohnend im hiesigen Gasthof seine 8. Geflügelausstellung ab. Die Besichtigung derselben übertrat die vom Vorjahre bei weitem. Waren 1925 nur 253 Ausstellungsnummern zu verzeichnen, so konnte der Verein diesmal deren 402 haben. Man sieht, daß das Interesse an der Geflügelzucht allgemein ist, nicht zum Schaden der wirtschaftlichen Ausbeute. Das ausgestellte Material war nicht nur vielfältig, es war auch hochbefriedigend. Es erhielten u. a. Ehrenpreise: 1. auf Tauben: Ernst Neumann-Grohff, 2. Finken: Kurt Raden-Müller und Reich Mehlhase-Gunnersdorf, Bruno Liebcher-Dösenhof, Otto Röhlich-Dösenhof, Albin Schiffel-Obercarsdorf, Paul Boden-Hennersdorf, Fritz Mehlhase-Reinhardtshörma. 3. Tauben: A. Liebcher-Dösenhof, R. Weidholz-Börschen, Bruno Liebcher-Dösenhof, Otto Röhlich-Börschen, Hofmann-Dösenhof, Paul Keppeler-Obercarsdorf, C. Flemming-Obercarsdorf. Der Besuch der Ausstellung war an beiden Tagen recht gut.

Kreischa. Bei der am 24. ds. Mts. vorgenommenen Neuwahl des Vorsitzers des hiesigen Gemeindeverordneten-Kollegiums auf

das Jahr 1926 entfielen je 6 Stimmen auf den bisherigen 1. und 2. Vorsteher und 1 Stimme auf Herrn Postmeister Greif. Es mußte hiernach das Los entscheiden, welches auf Krankenkassenkassierer Freytag entfiel.

Bonnemühl. Zum Vorsteher der Gemeindevorordneten für das Jahr 1926 wurde Bürgermeister Thomas (Soz.) gewählt. Als 1. Stellvertreter Lehner Scholz (Komm.), als 2. Stellvertreter Postmeister Schneider (bürgerl.) In Erwerbslos sind 272 vorhanden, was 17 Prozent, mit ihren Angehörigen über 30 Prozent der Einwohner ergibt. In Bezirksumlage ist j. J. monatlich 1500 M. zu zahlen, wozu als außergewöhnliche Bezirksumlage 3500 M. tritt, während die Steuereingänge kaum den gleichen Betrag ergeben.

Dresden. Wie der Legion-Sachdienst zuverlässig hört, ist mit einer vorzeitigen Auflösung des Landtages nicht zu rechnen. Die von der sozialistischen Presse besonders in den letzten Tagen gehegten Erwartungen haben keine Aussicht auf Verwirklichung.

Dresden. Am 26. Januar nachmittags überschritt ein Filmvorführer in einem Kino der inneren Stadt den mit Glas überdeckten Zuschauertraum. Er brach durch und stürzte aus einer Höhe von 15 Metern ab. In den ersten Verletzungen ist er nach kurzer Zeit verstorben. Nach den Ermittlungen ist die Schuld dem Verunglückten selbst zuzuschreiben, weil zum Betreten des Glasdachbodens kein Auftrag und keine Veranlassung vorgelegen hat. Andere Personen sind nicht verletzt worden.

Dresden, 27. Januar. Der demokratische Abg. Dr. Dehne ist heute nachmittag vom Ministerpräsidenten Heldt zum Finanzminister als Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Reinhold ernannt worden.

Die Verurteilung des Reichsinnenministers Dr. Käy als Bürgermeister von Dresden ist vom sächsischen Verfassungsausschuß genehmigt worden. Nur die Kommunisten stimmten dagegen. Die Vertretung wird Stadtrat Köppen in Gemeinschaft mit dem Oberbürgermeister übernehmen.

Dresden. Eine Schlägerei entstand am Mittwochabend im Hotel (Amalienhof), wo eine gewöhnlich bei Sarrasin aufstehende Marokkanertruppe untergebracht ist. Der Zwist war entstanden, weil die Marokkaner glaubten, sie würden von ihrem Führer benachteiligt. Einer dieser Fremdlinge schlug mit einem harten Gegenstand zu; der Angegriffene wehrte mit einem Messer ab. Hierbei wurde ein Marokkaner darauf verletzt, daß er nach dem Krankenhaus überführt werden mußte. Ein anderer dabei verletzter Landsmann ist nach am gleichen Abend in der ihm zugewiesenen Rolle im Irkus aufgetreten.

Dresden, 27. Januar. Am heutigen Tage begann die allgemeine Aussprache über den Staatshaushalt. Es ist, wie Präsident Winkler im Laufe der Verhandlungen mitteilte, in Aussicht genommen, heute zunächst die erste Rednergruppe, bestehend aus den Abg. Schirch (Soz.), Weisler (Dn.), Anders (DVP), Renner (Komm.) und Dr. Seyfert (Dem.) zu hören. Darauf soll die Begründung der zum Etat vorgelegten Anträge durch die Abg. Gabel (Komm.), Siwert (Komm.), Renner (Komm.), Glombitz (Komm.) und Edel (Völkisch) erfolgen. Dann werden die Parteien als zweite Redner vorzuführen die Abg. Lippe (DVP), Kasla (Dn.), Lieberich (Komm.), Dr. Käßner (Dem.) und Artz (Völkisch). Zu Beginn der heutigen Sitzung waren die öffentlichen Tribünen nur schwach besetzt. Dies bemerkt wurde, daß Abg. Dr. Dehne (Dem.) sich noch auf seinem Abgeordnetenplatze eingefunden hatte. Gegen 2 Uhr nachmittags verläutete mit Bestimmtheit, daß dessen seine Ernennung zum Finanzminister erfolgt sei. Die erste Rede hielt der Vertreter der sächsischen Partei, der Abg. Schirch (Soz.). Er streifte eingangs nur kurz die gegenwärtige Krise der Wirtschaft und bezeichnete sie als eine Reinigungsperiode, als den Abbau überflüssiger Wirtschaftsgüter. Dann ging Redner auf einzelne Punkte des Etats ein und stellte dazu die bekannten Wünsche und Forderungen seiner Partei. Der nachfolgende deutsch-nationale Redner Abg. Weisler beleuchtete den Etat und die Strategie Dr. Reinhold's in kritischer Weise vom Standpunkte seiner Freunde. Besonders betonte er, daß die Not der Landwirtschaft die Not unseres Volkes sei. Der Vinken sagte er, seine Partei werde ihr nicht den Gefallen tun, aus der nationalen Opposition auszusteigen. Er gestalte dann den Parlamentarismus der Gegenwart und prägte den Satz: Alle staatliche Diktatur geht von der schrankenlosen Demokratie aus. Die deutsch-nationalen würden keinen Staatsstreik unternehmen, aber sie forderten eine Selbstbeschränkung des Parlamentes. Der Sozialdemokrat warf er vor, sie möchte zwar gern regieren, fürchte sich aber vor der Verantwortung. Ueber die Auflösung des Landtages bemerkte er, sie werde nicht früher erfolgen dürfen, bis der Etat erledigt sei. Wenn die künftigen Wahlen eine Einkammersheit ergeben sollten, werde man einsehen, daß mit einer radikalisierten Sozialdemokratie nicht zu arbeiten sei. Den Aufsichtsratsmitgliedern zur Freude sagte er zur Strategie des Finanzministers: Im Hause des Bedenklichen spricht man nicht von Striche und im Staate der enteigneten Staatsbürger sollte man sich nicht der Schuldenfreiheit rühmen! Der deutsch-völkische Redner Abg. Anders ging auf Einzelheiten des Etats ein, meinte, der Etat sei frisiert worden, indem man Ausgaben, die in den ordentlichen Etat gehörten, in den außerordentlichen verwiesene habe, und erklärte, seinen Berechnungen nach weise der Etat einen Fehlbetrag von 12 1/2 Millionen Mark auf. Ausführlich behandelte er seinen Lieblingsstoff: Die Not der Beamtenschaft. Der kommunistische Redner bewegte sich in seinen Ausführungen auf außerordentlichen Gleisen. Er fabelte von dem nahe bevorstehenden Zusammenstöße des deutschen Proletariats und fand dabei die Zustimmung der Linksozialisten. Den größten Teil seiner einstündigen Rede hielt er vor leeren Bänken. Zum Schluß erklärte er, seine Partei lehne den Etat ab, sie beste die Koalitionsregierung feindlich gegenüber, und werde die Auflösung des Landtages erzwingen. Abg. Dr. Seyfert (Dem.) billigte natürlich in allen Punkten die Aufstellung des Etats durch seinen Parteifreund Dr. Reinhold. Der Redner gedachte dann rühmend der Tätigkeit des in den Reichsdienst übergetretenen Finanzministers Dr. Reinhold's in der zweijährigen regen Arbeit der Koalitionsregierung und ging dann in großen Zügen auf Einzelheiten des Etats ein. Damit war die erste Rednerliste erschöpft und es folgte die Behandlung einiger zum Etat vorgelegten kommunistischen Anträge und Anfragen. Morgens Donnerstag, 28. Januar, vormittags 11 Uhr soll

die Statberatung möglichst zu Ende geführt werden. Ein erneuter kommunistischer Antrag, auf die Tagesordnung auch den Antrag auf Auflösung des Landtages zu setzen, wurde wiederum abgelehnt.

Leipzig. Eine in der Hamburger Straße wohnhafte 73 Jahre alte Frau benahnte beim Feueranzünden Petroleum. Da sich im Ofen noch glühende Kohlenreste befanden, entzündete eine Explosion. Die aus dem Ofen schlagenden Flammen leiteten die Kleider der Frau in Brand. Zur Hilfe herbeieilende Nachbarn warfen der Frau sogleich Decken über. Trotzdem erlitt die Bedauernswerte so schwere Brandwunden, daß sie im Krankenhaus an den schweren Verletzungen verstarb.

Auf Grund einer Anregung aus Mitgliederkreisen hat der Verband Sächsischer Industrieller sowohl dem Volksbildungsministerium als auch dem Wirtschaftsmiisterium gegenüber auf die Notwendigkeit der Einführung eines Verkehrsunterrichts in den allgemeinen und gewerblichen Schulen hingewiesen und an die genannten Ministerien die Anfrage gerichtet, wieweit man dieser Frage bereits näher getreten ist. Hierauf ist von beiden Ministerien der Bescheid gegeben worden, daß man dieser Frage große Aufmerksamkeit zuwendet und daß seitens des Ministeriums für Volkswohlfahrt erst neuerdings wieder den Schulen zur Pflicht gemacht worden ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Schüler darüber belehrt werden, wie sie sich vor Unfällen schützen und zur Verhütung von Verkehrsstörungen und Verkehrsunfällen beitragen können.

Dresden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht: In Erledigung eines Antrages der Deutschen Volkspartei hat der Landtag u. a. beschlossen: Den Lohnmaschinenbesitzern zwecks Modernisierung ihrer Maschinen staatliche Kredite zu möglichem Anlaß zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck hat das Finanzministerium nur 1 Million Mark bereit gestellt. Obwohl die zahlreich gestellten Kreditanträge diesen Betrag weit übersteigen. Praktisch durchgeführt sind zum genannten Zweck bisher nur 120.000 M. Wie tragen die Regierung nach den Umständen der unzulänglichen und langwierigen Durchführung der vom Landtag einstimmig beschlossenen Maßnahmen?

Leipzig. In der Nacht zum Sonntag wurde der von Leipzig nach Erfurt fahrende Personenzug durch das Brechen der Robbe kurz vor Mültitz zum Halten gezwungen. In einem Wagon der vierten Klasse beschäftigte ein Betrunkener die Mitfahrenden, schlug einem Reisenden mit der Faust ins Gesicht und brachte fast eine tätende Verletzung am rechten Auge bei. Darauf entwich der Täter, bei der auch Frauen in Mitbeteiligung gezwungen wurden. Als das Kind einer Frau in Bedrängnis geriet, zog die Mutter die Robbe und rief nach Hilfe. Die herbeigekommenen Schaffner und der Zugführer trennten die Kampenden. Für den Betrunkener wird die Anwesenheit noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Rosfen. Vorige Woche ist hier ein Unbekannter in einer Anzahl Haushaltungen vorstellig geworden und hat angegebene, schädlich gewordene Emaille an Löffeln und Küchengeschirr an Ort und Stelle zu erneuern. Wie sich die Prozedur benahmt hat, mußten die betroffenen Hausfrauen bald erfahren. Nachdem die Gegenstände laut Weisung einige Stunden 'getrocknet' hatten und währenddem sich der Schwindler auch ins 'Troden' gebracht hatte, stellte sich heraus, daß der feudale Emaille-Ritt, für den man 4, 6 bis 8 M. geopfert hatte, weiter nichts als — Reibstoffe war. Bei der geringsten Berührung blätterte die 'Emaille' wieder ab. Nachdem die Sache zur Kenntnis der Gendarmerie gekommen, hat der Schwindler es natürlich vorgezogen, sein Verdingungsfeld weiter zu verlegen.

Glauchau. Die Ratsdruckerei H. Dulce in Glauchau (Glauchauer Tageblatt) konnte auf ihr 75-jähriges Bestehen zurückblicken. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Glauchauer Tageblattes als Amtsblatt des Stadtrates wurde der Druckerei die Bezeichnung Ratsdruckerei verliehen.

Cheumnitz. Das gemeinsame Schöffengericht in Cheumnitz verurteilte den 24-jährigen landwirtschaftlichen Arbeiter Emil Hübner, der im November vorigen Jahres das Anwesen des Landwirtes Wittmann in Kammersdorf angezündet hatte, wodurch ein Schaden von 30.000 M. entstand, wegen vorfälliger und gefährlicher Brandstiftung zu 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus und Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre.

Limbach. Auf dem Wochenmarkt rief sich ein vom Weinhändler Willmann geführter, mit einer Blende versehen, jedoch nicht vorfälligermaßen gefellter Ochse los und verursachte eine Panik. Er rief einige Marktbuden um, wobei ein Markttribunal Winkler Verletzungen erlitt. Schließlich lief der Ochse in ein Gehölz, wo er nach vielen Schwierigkeiten erschossen wurde.

Mühlau. 27. Januar. Bei einer Beerdigung auf dem hiesigen Friedhofe stürzte infolge der Glätte ein Träger des Sarges, wodurch der Sarg umstürzte und die Leiche in das Grab fiel. Die Beerdigung konnte erst fortgesetzt werden, nachdem die Leiche aus dem Grab aufgehoben und wieder in den Sarg gelegt worden war.

Brühl. In dem im Erdgeschoß der Filiale der Commerz- und Privat-Bank in der Mühlgasse gelegenen Konfektionsgeschäft des Schneidermeisters Deter wurde ein äußerst dreister Einbruch verübt, wobei die Diebe den großen Laden vollständig ausräumten. Es wurden eine große Menge von Anzugstoffen, fertigen Herrenanzügen, Mäntel, Bekleidern, Windjaken usw., die einen Wert von rund 5000 M. darstellen, fortgeschleppt.

Jittau. Durch ein Großfeuer wurde am Dienstagabend ein Teil der Textilfabriken der Mechanischen Weberei Jittau zerstört. Die Gesellschaft besitzt auf einer Fläche von 35.000 Quadratmeter — von denen ein Drittel bebaut ist — neben den Webereiräumen eine Weberei, Färberei und Druckerei. Es sind außer den zerstörten Gebäuden auch große Mengen von Stoffbräthen und wertvolle Maschinenanlagen vernichtet worden. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden durch den Brand besonders die Schleiferei und Spulerei und der große etwa 700 Stühle umfassende Webstuhl. Die Weberei ist seit ihrem Bestehen bereits fünf- oder sechsmal von Bränden heimgesucht worden. Der Schaden beträgt rund 2 Millionen Mark. Die Entstehungssache ist noch nicht geklärt. In den vom Feuer heimgesuchten Webereien des Werkes muß der Betrieb eingestellt werden, wodurch mehrere hundert Arbeiter brotlos werden.

Chronik des Tages.

Im Reichstag sind drei Misstrauensanträge der Deutschnationalen, der Wölkischen und der Kommunisten gegen die neue Reichsregierung eingebracht worden.

Als Termin für die Reise des Reichspräsidenten in die demnächst frei werdende Kölner Zone ist der 21. und 22. März festgesetzt worden.

Nach nahezu einjähriger Unterbrechung ist jetzt das Hauptverfahren gegen Kautzler eingeleitet worden.

Die Militärkontrolle bleibt.

In der letzten Zeit gingen verschiedentlich Meldungen durch die Presse, die von einem Abbau der Interalliierten Militärkontrollkommission in Deutschland zu berichten wußten. Tatsächlich waren auch zahlreiche Zweigstellen der Kommission, die im ganzen Reich verstreut waren, im Laufe der letzten Monate aufgehoben worden. Man durfte also hoffen, daß die Militärkontrollkommission in kürzester Frist restlos verschwinden würde. Der neueste „Bericht“ des Leiters der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Wass, an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees, Marshall Foch, hat uns inzwischen eines anderen belehrt. Die alliierten Kontrollkommissionen denken danach gar nicht daran, den deutschen Boden zu verlassen, sondern stellen vielmehr, wie es in dem Bericht an Foch heißt, „eine ziemlich beträchtliche Verlängerung ihres Aufenthalts in Berlin“ in Aussicht.

Selbstverständlich wird diese Verlängerung der militärischen Überwachung Deutschlands auch diesmal wieder mit der „ungewöhnlichen Erfüllung“ der alliierten Entwaffnungsforderungen begründet. Die Kommission erklärt sich zwar befriedigt von den Fortschritten, die bezüglich des Verbotes bestimmter Auszubildungswaffen der Reichswehr und der Zerstörung der Königsberger Festungsartillerie erzielt wurden, dagegen ist sie mit der Entwaffnung der Polizeibestände und der Regelung des Oberkommandos unzufrieden. In diesen Punkten habe Deutschland seine Zusagen vom 15. November nicht gehalten. Jedoch könne das Nichtvorhandensein eines Ministeriums in Deutschland als eine Entschuldigung angesehen werden. Das könne die Alliierten jedoch nicht veranlassen, auf die Durchführung ihrer Forderungen zu verzichten. In der Frage der Polizeibestände soll, wie Havas berichtet, zwischen Frankreich und England volles Einvernehmen bestehen.

Erfreulicherweise ist die Reichsregierung den unzutreffenden Behauptungen der Militärkontrollkommission über den Stand der deutschen Entwaffnung sofort mit einer längeren Erklärung entgegengetreten. Danach ist die Durchführung der im Herbst v. J. zur Regelung der Entwaffnungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der Völkervereinigung getroffenen Abmachungen in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung so energisch gefördert worden, daß die Regelung des größten Teils aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist auch die Durchführung der hinsichtlich der fünf besonders schwierigen Punkte getroffenen Vereinbarung von der deutschen Regierung in der Zwischenzeit in die Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiet der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß bei Anwendung des in der Note vom 16. November v. J. zugedachten Entgegenkommens eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist.

Die hinsichtlich der Umorganisation der Polizei im Herbst v. J. getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unüberzählig darangegangen, die für den Aufbau der neuen Organisation erforderlichen werden umfangreichen Maßnahmen vorzubereiten. Wenn trotzdem in der Erklärung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so rüft die Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Verhandlungen mit der Völkervereinigung über die Polizeibeamten im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben, da die Nichtrechnung der Polizeibehörden des besetzten Gebietes in die Zahl von 150 000 Mann bereits in der Note von Boulogne vorgesehen ist.

Nach Klärung dieser Fragen wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei betreffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Tätigkeit noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß bringen kann.

Rheinland und Besatzung.

Eine Erklärung des rheinischen Oberpräsidenten.

In der Eröffnungsfeierung des neugewählten Rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf hat der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Kuch, eine Rede gehalten, in der er auch auf die Besatzungsfrage einging. Hierbei führte er u. a. folgendes aus:

„Daß durch die Verhandlungen von Locarno die Entscheidung über die Räumung der ersten Zone zum mindesten günstig beeinflusst worden ist, darf man wohl als feststehend annehmen. Wir freuen uns aufrichtig und herzlich mit der Bevölkerung der in der Räumung begriffenen sogenannten Kölner Zone, daß sie nunmehr in kürzester Zeit von der drückenden Last einer mehr als sieben Jahre dauernden Besatzung frei sein wird. Es soll auch nicht verkannt werden, daß seit Locarno eine gewisse Entspannung und anderorts auch eine Besserung der Verhältnisse eingetreten ist. Aber es bleibt doch noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Insbesondere ist die Bevölkerung der besetzten Gebiete zweiten und dritten Zone tief verstimmt über die Härte der ihr auch weiterhin

aufgelegten Besatzung. Die gewaltige und bei der großen Wohnungsnot schier unerträgliche Mietspreisanstiege von Wohnraum mit den unermesslichen Anlässen zu Reibungen muß ein unbedingtes Hindernis für die weitere Entspannung und die so wünschenswerte Befriedigung bilden. Sie muß auf die Dauer den Geist der Versöhnlichkeit gefährden.“

„Wir wollen“, so schloß der Oberpräsident seine Ausführungen, „obwohl es nachgerade schwer wird, die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es durch die eingeleiteten diplomatischen Schritte gelingen wird, eine befriedigende Lösung dieser und noch anderer uns stark bewegenden Fragen herbeizuführen.“

Freigabe Köln voraussichtlich Anfang Februar.

Das Reichskommissariat Koblenz teilt mit, daß die Räumung der sogenannten Kölner Zone sich keineswegs bis zum März hinziehen wird. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle sei nicht nur die militärische Räumung, sondern auch die rechtliche Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich schon in den ersten Februartagen zu erwarten. Der genaue Zeitpunkt werde von der Völkervereinigung festgelegt werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. Januar 1926.

Beim Reichspräsidenten fand zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt.

Der Reichstag berät Augenblicklich über einen vom ersten Kabinett Luther noch erledigten Entwurf über ein neues Reichsverfassungsgesetz. Bei der Beratung dieses Gesetzes wird der Schutz der Jugend vor politischer Verführung eine Rolle spielen.

Neues über die Marinemunterei 1917. Wie die „Nachrichten für Stadt und Land“ in Oldenburg mitteilen, hat der frühere Gerichtsschreiber des ersten Geschwaders, Bureauangestellter Willi Niemöller, sich dem Untersuchungsausschuß des Reichstages als Zeuge angeboten. In einer längeren Zuschrift an das genannte Blatt behauptet Niemöller, neues über das Geständnis des Matrosen Kalmus aussagen zu können. Der Verfasser gibt zu, daß der Abgeordnete Dittmann das Geständnis des Kalmus richtig wiedergegeben hat, nur sei Dittmanns Darstellung über die Art und Weise, wie das Geständnis zustande kam, gänzlich abwegig. Niemöller bestreitet, daß das Geständnis des Kalmus frei erfunden sei, und bezeichnet es als unmahr, daß Kriegsgerichtsrat Vösch Kalmus mit Erschießen gedroht habe, um auf diese Weise Aussagen gegen Abgeordnete der U. S. P. herauszupressen. Es war kein frei erfundenes Geständnis, sondern die Weisheit eines Menschen, der mit sich selbst abgeschlossen hatte.

Ein deutschnationales Wirtschaftsprogramm ist von der deutschnationalen Reichstagsfraktion veröffentlicht worden. In dem Programm werden u. a. folgende grundlegende Einzelsforderungen erhoben: Verhinderung der Luxuseinfuhr, Beschränkung des öffentlichen Aufwandes, Befreiung von der nicht mehr tragbaren Last des Verwaltungsapparates in Reich, Ländern und Gemeinden sowie Abbau der überhöhten Gesetzgebung. Den Anfang hierzu soll eine erhebliche Vereinfachung der Steuern und der Steuerverwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden bilden. Die öffentlichen Ausgaben müssen sich nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler richten. Die öffentlichen Verkehrsunternehmungen, vor allem Eisenbahn und Post, sollen wieder zu Instrumenten der deutschen Volkswirtschaft werden, die sie in der Vergangenheit waren.

Reichstagsbeschluss über die Zittmann-Vorgänge. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages über die Kriegsschuldfrage hat folgenden Zentrumsantrag angenommen: 1. Die Veröffentlichung der Rede des Abgeordneten Dittmann als Broschüre unter dem Titel „Die Marinejustizmorde und die Admiralsrebellion 1918, dargestellt nach den amtlichen Geheimakten im Auftrage des parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ ist ohne Vorwissen des Untersuchungsausschusses erfolgt. 2. Der Ausschuss spricht zum Schutze seiner Autorität und des Wertes seiner der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Verlag gegebenen Veröffentlichung die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft Sonderveröffentlichungen ohne Beschluß des Ausschusses unterbleiben.“ Die Vertreter der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder gaben sofort die Erklärung ab, daß sie sich trotz dieses Beschlusses alle Rechte, die ihnen nach dem Urheberrecht für Veröffentlichungen zustehen, vorbehalten. Ein Mißbilligungsantrag der Deutschen Volkspartei wurde abgelehnt.

Besatzungsbaracken für Wohnzwecke. Ein Zentrumsantrag im Preussischen Landtage wünscht, daß alle durch den Abzug der Besatzungsmächte in der ersten Zone freiwerdenden festen Baracken mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge sofort zu Wohnungen umgebaut und vorzugsweise zur Unterbringung von kinderreichen Familien verwendet werden.

Rundschau im Auslande.

Der frühere Kronprinz Karol von Rumänien, der vor kurzem auf das Thronfolgerecht verzichtet hat, ist in Mailand an Grippe erkrankt.

Nach französischen Pressemeldungen soll der päpstliche Nuntius in Paris, Kardinal Ceretti, demnächst als Nachfolger auf den Posten des Kardinalstaatssekretärs Gasparri berufen werden.

Der russische Gesandte in Peking hat dem chinesischen Außenminister mitgeteilt, daß nach der Besetzung des Eisenbahnkonfliktes in der Mandchurei die russischen Truppen von der chinesischen Grenze zurückgezogen werden.

Nähertritt des Woiwoden von Oberschlesien.

Nach einer Meldung aus Kattowitz ist der Woiwode von Oberschlesien, Wiltz, infolge der andauernden Bestreben des polnischen Westmarkenvereins von seinem Posten zurückgetreten. Die deutschen Zeitungen der Woiwodschaft Schlesien bedauern den Entschluß Wiltz, der durch seinen Willen zur Objektivität gegen die nichtpolnischen Bewohner der Woiwodschaft Schlesien sich stets ausgezeichnet hat.

Ungarisch-französischer Konflikt in der Fälscheraffaire.

Bei dem französischen Gesandten in Budapest trat ein Telegramm des Ministerpräsidenten Briand ein, in dem in strikter Form verlangt wird, daß die ungarische Regierung den französischen Kriminalbeamten Erlaubnis erteilen soll, den Vernehmungen der Frankensächler bei der Untersuchungsbehörde beizuwohnen. Die ungarische Regierung hat Briands Forderung noch nicht beantwortet, sie steht aber auf dem Standpunkt, daß der Schritt der französischen Regierung eine Verletzung der ungarischen Souveränität darstellt.

Drei Misstrauensanträge.

— Berlin, den 27. Januar 1926.

Die Aussprache im Reichstag.

Bei vollbesetztem Hause hat heute die große Aussprache über das Regierungsprogramm begonnen. Am Regierungstische hatten wieder Reichstagskanzler Dr. Luther und die übrigen Mitglieder des Kabinetts Platz genommen. Mit der Aussprache der Erklärung der Reichsregierung wurde verbunden der deutschnationale Antrag über die Vorbedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Mit zur Verhandlung kamen ferner die drei Misstrauensvoten der Deutschnationalen, der Wölkischen und der Kommunisten. Gegen die Forderung der Wölkischen, ihren Antrag auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawesplan mit zur Erörterung zu stellen, wurde von der Linken Einspruch erhoben.

Die Erklärung der Regierungsparteien.

Die allgemeine politische Aussprache wurde durch eine Erklärung des Abg. Fehrenbach (Ztr.) eingeleitet, der im Namen der Regierungsparteien sprach. Er wies darauf hin, daß es darauf ankomme, dem Reiche endlich überhaupt eine Regierung zu geben, eine Regierung, die entschlossen ist, die Verfassungsgemäßheit zu führen, unbefangenen Populärismus und parteipolitische Interessen in dem Kampf gegen Volkstum und Wirtschaftsstreife aufzunehmen. (Beifall in der Mitte.) Der Redner sagte Unterbrechung der Richtlinien zu, die der Reichstagskanzler für die Außenpolitik und die Innenpolitik entwickelt hat, für eine Außenpolitik im Geiste der Zusammenarbeit mit den anderen Mächten, und für eine Innenpolitik der Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen über die Herabsetzung der Besatzung in der zweiten und dritten Zone recht bald zum Ziele führen möchten. Wirtschaftlich sei die Stärkung der kassierenden Kräfte des Mittelstandes notwendig. In dieser Richtung sei die angeforderte Herabsetzung der Steuern zu betrachten. Der Redner sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß sich in der Arbeit für das Regierungsprogramm über den Kreis der Regierungsparteien hinaus alle staatsbesitzenden Elemente zusammenfinden möchten.

Die Bedingungen der Sozialdemokratie.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärte, das Kanzlerprogramm sei außerordentlich inhaltslos und habe viele Fragen offen gelassen. Das Misstrauen der Sozialdemokratie gegen Herrn Luther sei durchaus gerechtfertigt. In der Außenpolitik sei Deutschland an die Locarnopolitik gebunden. Ein Juridic gebe es da nicht. Der Kanzler hätte offen erklären müssen, daß der Eintritt in den Völkerbund und seinen weiteren Aufschub mehr verträglich. Von Voraussetzungen und Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund kann keine Rede sein.

Der Redner sagte der Regierung Unterstützung zu, wenn sie bereit sei, in der Außenpolitik entschlossen den Weg von Locarno fortzusetzen. (Hört, hört!)

Mit aller Schärfe behandelte Abg. Müller dann die Frage der Fürstenabfindung und sprach unter dem Beifall der Linken und unter dem Widerspruch der Rechten von Exprestatistik und einem Käuferbedürfnis der Fürstentümer. Der Redner forderte dann Zurückziehung des Schulgesetzentwurfs und schnelle Kostensenkungsmaßnahmen für Gewerkslose und Kurzarbeiter. Der Redner schloß mit der Erklärung, die neue Regierung könne vor dem In- und Ausland nur bestehen, wenn sie starke bekenne. Deshalb, Herr Reichstagskanzler, heraus mit der Sprache.

Die Deutschnationalen gegen Luthers Völkerbunds-politik.

Abg. Graf Bekker (Ztr.) lehnte die Illusionspolitik der Reichsregierung hinsichtlich des Völkerbundes ab. Die Deutschnationalen hätten nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Völkerbunds politik nicht mitmachen können. Die Regierung habe jetzt noch freie Hand und könne immer noch dem Völkerbund fernbleiben. Jedemfalls müssen vor einem Eintritt in den Völkerbund bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. Das gilt besonders von der Besatzungsfrage.

Alle Parteien sind darin einig, daß die bisherige Verminderung der Besatzung absolut unzureichend ist. Klarheit müsse auch geschaffen werden über die Auslegung des Locarnovertrages. Ferner müsse gefordert werden eine Regelung des Verfahrens bei Völkerbundsverletzungen, die Rücknahme der Kriegsschuldfrage und der kolonialen Schuldfrage, Garantien für den Schutz deutscher Minderheiten im Ausland, vollständige Beseitigung der Militärkontrolle, Aufhebung der im Luftfahrwesen über Deutschland verhängten Beschränkungen.

Bei Annahme des deutschnationalen Antrages würde das Misstrauen gegen die Regierung fortfallen.

Der Redner lehnte die Politik des Außenministers Dr. Stresemann ab und kritisierte dann die Zusammenfassung des Reichskabinetts, das eine nach links eingestellte Verwaltung sei. Herr Marx sagte dafür, daß die Fäden zu den Sozialdemokraten nicht abgerissen werden. Er sei wie Dr. Stütz ein ausgesprochener Reichsbannermann. Der Redner schloß mit der Erklärung, daß sein Kampf vor allem dem unheilvollen Einflusse der Sozialdemokratie in dem neuen Kabinett gelte. (Beif. Beifall rechts.)

Reichstagskanzler Dr. Luther

erwiderte in großer Erregung, es treffe durchaus zu, daß noch manche Fragen offen seien. Wäre eine Mehrheit für die Regierung vorhanden, dann hätten diese Fragen schon programmatisch festgelegt werden können. Jetzt handle es sich einfach darum, ob der Reichstag dieser Regierung die Möglichkeit zu praktischer Arbeit geben wolle. Die Regierung sei Mitte habe sich zusammengefunden, weil ein Regierung nicht zustande kam. Irrenden müsse Deutschland schließlich doch regiert werden. (Lachen rechts.) Es sei sehr billig, hier zu lachen, aber

den Männern der Regierung sei wirklich nicht zum Lachen zu Mute.

Es handle sich um eine Zeit der ernstesten Not des deutschen Volkes. Wenn die Sozialdemokraten Klarheit verlangten, so hätten sie doch selbst die beste Gelegenheit gehabt, diese Klarheit zu schaffen, indem sie eine Regierung der Großen Koalition ermöglichten. Nachdem eine Regierung nach rechts oder links unmöglich war, habe sich diese Rotgemeinschaft der Mitte zusammengefunden.

Welter erklärte der Kanzler, es sei unmöglich, daß die Regierung in dieser schweren Zeit etwa die Arbeit

...ffäre.
...st traf
...in dem
...glung
...en soll.
...nter-
...ung hat
...t aber
...ffischen
...eränität

übernahme auf der Hintertreppe abgelehnter Misstrauens-
voten. Auf dieser Grundlage wollte die Reichsregierung
nicht arbeiten.
„Ich muß so sehr er weiter fort, im Reichstage die
ordnungsmäßige Stille hinter mir haben. Der Reichs-
kanzler wiederholte darauf noch einmal die Erklärung, daß
das Reichskabinett auf eine positive Vertrauensumgebung
nicht verzichten könne.
Wir wollen, erklärte er weiter, keine Regierung, die ge-
duldet ist, sondern eine Regierung, die vom Reichstage ge-
tragen wird. Nur auf dieser Grundlage werden wir die
Arbeit übernehmen und durchführen. (Beifall l. d. Mitte.)
Der Reichskanzler ging dann noch kurz auf verschie-
dene Fragen ein, die von den Oppositionsrednern an die
Regierung gestellt worden waren. Zur Außenpolitik er-
klärte er, daß er selbstverständlich die Richtlinien des Ver-
trages von Locarno einhalten werde. Es müsse gelingen,
die deutsche Stimme sobald als möglich in den Organen des
Völkerbundes zur Geltung zu bringen. Auf Einzelfragen
kürzte er sehr nicht ein, so erklärte der Kanzler, weil
sie noch im Fluss seien. Innenpolitisch werde das Kabinett
dahin streben, wieder das Vertrauensverhältnis des Wählers
zum Abgeordneten durch eine Wahlreform herzustellen. Auf
dem Gebiete der Wirtschaft müssen die Interessen zur Er-
haltung der Wirtschaft mit denen der Notleidenden sorg-
fältig abzuwägen werden. Ohne ein Vertrauensvotum könne
die Regierung aber nicht arbeiten.
Ein Vertrauensvotum der Regierungsparteien.
Inzwischen haben die Regierungsparteien folgendes
Vertrauensvotum eingebracht: „Die Reichsregierung besitzt
das Vertrauen des Reichstages.“
Abg. Hecker (Komm.) sagte namens der kommunisti-
schen Partei dem Kabinett schärfsten Kampf an und begrün-
dete in längeren Ausführungen den Misstrauensantrag seiner
Fraktion.
Abg. Dr. Heuß (Dem.) beschäftigte sich eingehend mit
der Regierungsabfuhr und rechtfertigte den Eintritt der
Demokraten in das neue Kabinett. Abschließend ging er auf
die Lage in Süditalien ein und trat mit großer Wärme für
die unterdrückten deutschen Minderheiten ein. Es ist ein
schmerzlicher Gedanke für uns Deutsche, daß gerade wir
Volksgenossen an das Ausland haben abtreten müssen.
(Zustimmung b. d. Dem.) Für einen Außenminister mag
es nicht bequem sein, wenn von diesen Dingen gesprochen
wird, aber daß Volk verlangt, daß von diesen Dingen immer
wieder gesprochen wird. Bei unseren Bestrebungen für den
Anschluß Österreichs lassen wir uns nicht durch irgend
welchen Värm führen.
Abg. Lampe (N. Bgg.) kritisierte die Preissenkungs-
aktion der Regierung und kündigte sachliche Opposition an.
Weiterberatung am Donnerstag.

Die preussischen Finanzen.

— Berlin, den 27. Januar 1926.

Die Etatsrede des Finanzministers im Landtag.

Der Preussische Landtag begann heute mit der ersten
Beratung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1926.
Der Finanzminister Dr. Köppler-Mohr brachte den
neuen Haushaltsplan ein, der in Einnahme und Ausgabe mit
einer Gesamtsumme von 3 322 331 000 Mark abschließt.
Wenn man die durchlaufenden Posten ausrechnet, so ergibt
sich, daß sich die dauernden Ausgaben gegenüber dem Jahre
1925 um 73,9 Millionen vermindert, die einmaligen Aus-
gaben um zwei Millionen vermehrt haben.
Eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Haushalts-
plan für 1925 ist nicht zu verkennen. Da aber der Haus-
haltsplan für 1925 mit einem Fehlbetrag von 229,2 Mil-
lionen abschloß, reicht die Verbesserung nicht aus. Es muß
vielmehr aus der Haushaltssteuer noch ein Betrag von 92
Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf des Staates
bereitgestellt werden.
Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Reichs-Finanz-
ausgleich, der den Anteil der Länder an den großen Reichs-
finanzen vergrößert und die Länder zum Ausgleich ihrer Fehlbeträge
auf eine Erhöhung der Haushaltssteuer verweisen hat.
Es läßt sich nicht verkennen, daß auch der Haushalts-
plan für 1926 noch immer
eine viel zu starke Steuerbelastung
vorzieht. Es wird daher Aufgabe der Staatsregierung und
des Landtags sein müssen, durch weitere Ersparnis-
maßnahmen den Bedarf des Staates einzuschränken.
Solche Ersparnisse sind im großen Ausmaß nur möglich,
wenn die Personalausgaben vermindert werden. Das kann
nur durch eine großartige Verwaltungsreform er-
reicht werden, zu der die Vorarbeiten mit allem Nachdruck
begonnen werden müssen.
Die Ausführungen des Finanzministers wurden mit leb-
haftem Beifall aufgenommen. Dem Beschluß des Ministerrates
entsprechend wurde hierauf die allgemeine Aussprache
zum Haushalt auf Donnerstag vertagt.

Gerichtssaal.

† Zu Tode verurteilt. Das Reichsgericht hat jetzt
die Revision einer Gesundheitsfürsorge, die einen Anaben
„gesundeten“ wollte und wegen jahrelanger Fälschung
verurteilt worden war, verworfen und das Urteil des
Niederrheinischen Landgerichts bestätigt. Das Reichsgericht führte
in seiner Entscheidung u. a. aus, daß die Angeklagte
nach ihrer Bildung und Ausbildung erkennen mußte,
daß infolge der eingetretene Infektion der Wunde
durch eingetretene Fremdkörper nur ein ärztliches Ein-
greifen den Tod des Verletzten mit einiger Sicherheit
abwenden konnte. Durch die Uebernahme der Behand-
lung hat sie die Hinzuziehung eines Arztes verhindert
und dadurch die Verpätung der Operation verschuldet.
† 34 Jahre Zuchthaus. Von dem Hamburger
Schwurgericht wurde das Urteil gegen die sechs Zuchthäuser
gefallen, die am 5. Juni v. J. einen gewalt-
samen Ausbruch aus dem Zuchthaus in Fußsattel
unternommen hatten. Es wurden Zuchthausstrafen von
drei bis neun Jahren verhängt, im ganzen 34 Jahre.
Bei dem Fluchtversuch kamen seinerzeit zwei Zuchthäuser
ums Leben. Die jetzt Verurteilten hatten noch
lange Strafen zu verbüßen. In zwölf Jahren lief
die Strafe des am niedrigst Bestraften ab. Zwei von
diesen schweren Tungen wurden zu lebenslanglichem
Zuchthaus verurteilt.
† Dem Schafot verfallen. Das Warschauer Ge-
richt fällt jetzt das erste Todesurteil gegen eine Frau,
die ihr uneheliches sechs Monate altes Kind in einen
Brunnen geworfen und ertränkt hatte.

Aus Stadt und Land.

† Die Reichsziehungswoche. Bei großer Beteiligung
aus allen Schichten der Bevölkerung und in Gegenwart
von Vertretern kirchlicher, staatlicher und städtischer Be-

örden haben in Berlin die ersten Veranstaltungen im
Sinne der Reichsziehungswoche stattgefunden und ein
starkes Echo hervorgerufen. Es wurden mehrere Ent-
scheidungen angenommen, insbesondere auch solche, die den
baldigen Erlass des Reichsschulgesetzes betreffen. In Köln,
Breslau, Hannover, Elberfeld und vielen anderen Städten
gestalteten sich die Veranstaltungen der evangelischen Reichs-
elternorganisationen zu Kundgebungen von außerordentlicher
Bedeutung.

3. Bei der letzten preussischen Viehzählung wies der
Pferdebestand mit rund 2 710 000 gegen rund 2 680 000
Stück im Jahre vorher eine Zunahme um etwas über
1 Prozent auf. Die Pferdezahl zeigt einen gewissen Rück-
gang. An Rindvieh ergab sich ein Gesamtbestand von
5 610 000, also 56 000 Stück — 0,6 Prozent weniger
als 1924. Die Kühe, die mit rund 5 610 000 den größten
Teil des Rindviehbestandes ausmachen, erfuhren gegen das
Vorjahr eine Zunahme um 85 000 jüngere Kühe. An
Schweinen ergab die Zählung rund 10 940 000 Stück.
In einem außerordentlich starken Rückgang befindet sich die
Schafzahl. Gegen 3 820 000 im Jahre 1924 waren
am Zähltag des folgenden Jahres nur 3 169 000, also
über 17 Prozent weniger. Schafe vorhanden; hierdurch
bleibt der Schafbestand hinter der Vorkriegszeit um 180 000
zurück. Ebenso hat sich der Ziegenbestand gegen die
Zahl von 1924 um 355 000 (13,8 Prozent) vermindert.
Die Fiederviehhaltung, die über 39 Millionen Haus-
hühner samt Hähnen, 3 Millionen Gänse, 1 300 000 Enten
und über 400 000 Trut- und Perlhühner zählt, hat im
Berichtsjahre bereits den Stand von 1912 erreicht.

† Eine Kirchenglocke abgeschürzt. In der Rejor-
nierten-Kirche in Barmen fiel beim Rängen eine siebzig
Zentner schwere Glocke herab, ohne Unglück anzurichten.
Die Wucht des Falles wurde dadurch gemindert, daß
der Boden des Glockenstuhls nur 60 bis 70 Zentimeter
von der Glocke entfernt war. Die Glocke hat bei dem
Sturz mehrere Sprünge erlitten. Sie muß infolge-
dessen umgegossen werden.

† Zehn Meter tief den Abhang hinunter stürzte
ein Lastauto, das, einer Meldung aus Halle (Saale)
zufolge, eine Anzahl Einwohner aus Annaburg be-
nutzten, um heimzufahren. Schuld an dem Unglück
war das Reissen der Kette. Eine Frau war sofort tot.
Drei andere Fahrgäste trugen schwere Verletzungen
dabon.

† Auch ein Geschäft! Der Münchener Städtische
Nachrichtendienst gibt bekannt: Das Aktienpaket der
Hotel-A.-G. der Stadtgemeinde München wurde bei
einem effektiven Erwerbspreis von 2 136 677 Mark
(einschließlich der angefallenen Zinsen) um 1 800 000
Mark verkauft. Es ergibt sich somit ein für Münchener
Steuergäbter empfindlicher Verlust von 336 677 Mark.

† Erbarmungsloses Verhängnis. Vester Tage ver-
starb in Oberheim (Walg) eine 67-jährige Witwe.
Die Familie dieser Witwe hat geradezu unglaublich
unter den jähersten Schicksalsverwicklungen gelitten.
Der Mann der Frau fiel vor einigen Jahren einem
Kraftwagenunfall zum Opfer, nachdem bereits auch
ihre drei Söhne auf unnatürliche Weise ums Leben
gekommen waren. Ein fünfzehnjähriger wurde das
Opfer einer Schießerei, ein zweiter ertrank gleichfalls
im Alter von 15 Jahren, und der dritte Sohn wurde,
18jährig, in einem Bergwerk das Opfer eines Unglücks.
Zu allem Unglück erlag noch die 12jährige Tochter
einem Hitzschlag. Diese unheimliche Schicksalsfolge
hat nunmehr die gesamte Familie ausgerottet.

† Zahnschmerzen als Selbstmordgrund. In Bern-
ried (Wahern) griff ein 19jähriger Stallburche wegen
heftiger Zahnschmerzen zum Revolver und brachte sich
einen Schuß in die rechte Schläfe bei. In bedenklichem
Zustande wurde er ins Krankenhaus gebracht. Er
dürfte kaum mit dem Leben davontommen.

† Ein Walderholungsheim für Lungenkranke will
die Stadt Selb (Wahern) in diesem Jahre erbauen. Da
die Porzellanstadt Selb nach statistischen Feststellungen
die meisten Tuberkulosenkranken in ganz Deutschland
aufweist, ist dieses Projekt besonders zu begrüßen.

† Die eigene Schwester erschlagen. In Fried-
richsfeld (Waden) wurde in der Nähe des elliischen
Grundstücks auf dem Felde eine 14jährige Schülerin
ermordet aufgefunden. Jetzt hat man als Täter den
eigenen 22jährigen Bruder, einen jäherzornigen Men-
schen, verhaftet. Als Grund zu der Tat gibt er an,
seine Schwester aus Mangel darüber erschlagen zu ha-
ben, daß er von seinem Vater beauftragt war, seine
Schwester, die sich verspätet hatte, zu suchen. Er wollte
seiner Schwester nur einen „Denksattel“ verabreichen.
Eine Tötung habe er nicht beabsichtigt.

† Böser Nachhall zu einem Verleumdungsprozeß.
Als Nachwirkung eines Verleumdungsprozesses hat in
Wien ein Wiener die Portierfrau des Hauses auf offener
Straße niedergeschlagen, vor allem aus Rache dafür, weil
der Prozeß zu seinen Ungunsten geendet hatte.

† Am Grabe der Mutter wieder die Sprache er-
langt hat in Nulserhd (Schweden) eine 60jährige
Frau, die seit 23 Jahren vollständig stumm war. Sie
erlangte die Sprache in dem Augenblick wieder, als sie
bei der Beerdigung ihrer Mutter dieser einen letzten
Gruß nachrufen wollte.

† Meine Ursache. In Salzburg hatte sich ein
Bahnbediensteter ein Haar aus der Nase gerissen, wo-
durch eine Blutvergiftung herbeigeführt wurde. Es
trat Rotlauf ein und nach kurzer Zeit war der Mann
eine Leiche.

† Sechs Ehemänner gewaltsam beseitigt. Drei
Wochen nach der Trauung räumte in East Liverpool
ein Frau ihren Gatten durch Gift aus dem Wege.
Beim Verhör der Mörderin ergab sich, daß die Frau
bereits zum siebenten Male verheiratet war und daß
von ihren früheren Ehemännern fünf auf ähnliche
Weise vom Leben zum Tode befördert wurden.

† 350 000 Dollar Schaden bei einem Flugplatz-
brand. Nach einer Washingtoner Meldung wurden auf
dem Armeefeld in Bollingfield neun Flugzeuge, 12
unmontierte Liberty-Motore, sowie die Flughalle ver-
nichtet. Der Schaden wird auf 350 000 Dollar ge-
schätzt. Fehlerhafte Anlage der elektrischen Leitung
soll die Ursache des Brandes sein.

† Damit er keine andere heiratete. Eine schwer-
krante Frau in Amiens (Frankreich), die kurz vor dem
Tode stand, erschloß ihren Ehemann vom Bett aus.
Dann schnitt sie ihm zum Ueberflus noch mit einem

Stahrmesser die Kehle durch und brachte sich selber
erhebliche Verletzungen bei. Mit der entscheidenden Mut-
tat hat die Frau die Absicht ihres Mannes bereitet,
sich noch einmal zu verheiraten.

† Einem Bombenanschlag zuvorgekommen. Von
der Polizei in New York konnte ein italienischer Jour-
nalist festgenommen werden, der im Besitz zweier
Bomben war, mit denen er einen Anschlag gegen die
in New York erscheinende italienische Zeitung Corriere
d'America verüben wollte, um der faschistischen Pro-
paganda in Amerika ein Ende zu machen.

Kleine Nachrichten:

† In aller Kürze werden in Berlin zahlreiche Auto-
Ankuffen zur Ausstellung kommen.
† Am 30. Januar tagt im Hotel Esplanade in Berlin
der deutsche Zahnärzte-Kongress.
† Einer Meldung aus Hannover zufolge hat der Ge-
wisse Haarmanns, Grand, gegen das neuerliche Urteil von
zwei Jahren Zuchthaus Revision angemeldet.
† Auf Veranlassung der Finanzdirektion in Neustadt
(Südwestfalen) sind bisher annähernd 500 Gold-, Silber-
und Textilwarenschmuggler verhaftet worden.
† In der Strafanstalt Karthaus verübte, einer Prager
Meldung zufolge, der wegen Ermordung des ehemalsigen
bulgarischen Gesandten Paskalows zu 15 Jahren Kerker
verurteilte Student Selbismord durch Erhängen.

Sport.

† In 18 Spielen unbesiegt! Einen nicht alltäglichen
Rekord hat der Kaiser E. B. aufgestellt. Bei den Fußball-
meisterschaftsspielen im Gau Nordbaden hat er sämtliche
18 Spiele ohne Niederlage und ohne jeden Punktverlust
absolviert und dabei das hervorragende Torverhältnis von
120:20 erzielt. Ist auch einerseits die Leistung der tägli-
gen Provinzial hoch einzuschätzen, so zeigt das Ergebnis
andererseits doch, wie sehr unsere Fußballverbände an der
Klasseneinteilung krankt. Hohe Siege sind mitunter ganz
schön, aber auf die Dauer nicht gerade fördernd. Was hat
es da für einen Zweck, wenn ein Verein zur ersten Klasse
wird, aber gewöhnlich mit 10 Toren Differenz geschlagen
wird? Weder Sieger noch Verlierer haben davon Nutzen.
Darum sollten die Verbände auf alle Fälle Abbau der ersten
Klassen anstreben.

† Fußballbegeisterung. Daß Besideutschland heute in
der deutschen Sportbewegung an erster Stelle steht, beweist
nachstehender Vorfall: Am letzten Sonntag gewann bekannt-
lich im Kölner Stadion der S. f. M. Köln die Rheinland-
meisterschaft gegen den Rheinischer Spielverein. Der Sieger
der in dem Vorort Kall bei Köln seine Heimat hat, erlebte
die freudige Heberausung, daß er bei seiner Rückkehr in
Kall mit reichem Flaggenschmuck begrüßt wurde. So schnell
hatte sich die Angelegenheit durch die Sportbegeisterten An-
hänger verbreitet.

Im Dornier-Wal nach Südamerika.



Die Flugstrecke der spanischen Flieger.

† Wie eine Madrider Meldung besagt, sind die spani-
schen Flieger, die vor einigen Tagen ihren Flug nach Süd-
amerika angetreten haben, auf St. Vincent (Kap Verdeische
Inseln) gelandet. Nach dem bisherigen glücklichen Verlauf
der Südamerikafahrt ist zu hoffen, daß auch der weitere Flug
ohne Zwischenfall von staten geht.
Bei dem letzten...en Flug waren die Flieger in einer
Höhe von 1000—1500 Metern und befanden sich ständig
in drahtloser Verbindung mit Radiostationen auf dem Lande
und auf Schiffen. Nunmehr ist eine Ruhepause von zwei
Tagen eingetreten. Dann fliegt man weiter nach Bernam-
buco. Die Spannung in Spanien und in Südamerika
ist sehr groß. Die Leistungen des deutschen Dornier-Wal-
Apparates erregen allgemein größtes Staunen.

Handelsteil.

— Berlin, den 27. Januar 1926.

Am Devisenmarkt hat sich der französische Franken
wieder erholt. Englisches Pfund noch wie vor fest.
Am Effektenmarkt trat härtere Verfassung zu-
tage. Zumeist nur mäßige Umsatztätigkeit.
Am Produktmarkt blieb der Mehlabsatz schwach.
Faser und andere Futterstoffe wurden nur zum unmittel-
baren Verbrauch und gestrigen Forderungen umgesetzt. Del-
foaten vernachlässigt.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Vmtlich.) Getreide und Delfoaten der
1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark am Station:
Weizen Märk. 242—248 (am 26. 1.: 242—248). Roggen
Märk. 149—156 (149—156). Sommergerste 172—201 (172
bis 201). Futter- und Wintergerste 142—160 (142—160).
Faher Weizen. 157—168 (157—168). Mais loco Berlin —
(—). Weizenmehl 32,50—35,50 (32,50—35,75). Roggen-
mehl 22,50—24,50 (22,50—24,50). Weizenfeie 11,25—11,50
(11,25—11,50). Roggenfeie 9,60—10,10 (9,75—10,25). Raps
340—350 (340—345). Reisfeie — (—). Bitorioerbsen
26—35 (26—35). Kleine Speiseerbsen 22—25 (22—26).
Futtererbsen 20—22 (20—22). Peluschen 20—21 (20—21).
Ackerbohnen 20—21 (20—21). Widen 21—23 (21—23).
Lupinen blaue 12—12,50 (12—12,50), gelbe 14—15 (14
bis 15). Erabellen neue 19—20 (19—20,50). Raps-
tuden 15,25 (15,25). Reisfeie 22—22,50 (22,50—23,00).
Trodenschneigel 8 (8—8,10). Sojabrot 19,50—19,80 (19
bis 20,20). Torfmehle 30-70 7,80 (7,80). Kartoffelflocken
14,75—15 (14,75—15,20).

Schlachtviehmarkt.
(Amtlicher Bericht vom 27. Januar.)
Auftrieb: 1607 Rinder (darunter 381 Bullen, 428 Kühe, 805 Kälber und Färsen), 2335 Schafe, 2811 Schweine, 22 Ziegen, 300 ausländische Schweine. — Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfennigen: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete 48—50, 2. vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 41—45, 3. junge fleischige, nicht ausgemästete 35—40, 4. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 30—32.
Bullen: 1. vollfleischige, ausgemästete 46—48, 2. vollfleischige, ausgemästete jüngere 41—44, 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 39—40.
Färsen (Kälber) und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete 46—50, 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe 37—40, 3. ältere ausgemästete Kühe 28—33, 4. mäßig genährte Kühe und Färsen 23—26, 5. gering genährte Kühe und Färsen 19—21.
Sehr genährtes Jungvieh (Kreuzer): 30—38.
Kälber: 1. Toppelender feinsten Mast —, 2. feinsten Mastlälber 65—72, 3. mittlere Mast- und beste Sauglälber 55—62, 4. geringe Mast- und gute Sauglälber 47—52, 5. geringe Sauglälber 40—45.
Schafe: —
Schweine: 1. fette, über 3 Rentner Lebendgewicht —, 2. vollfleischige von 240—300 Pfund 79—80, 3. vollf. von 200—240 Pfund 77—79, 4. vollf. von 160—200 Pfund 74—76, 5. vollf. von 120—160 Pfund 70—73, 6. unter 120 Pfund —, Sauen: 69—72.
Ziegen: —
Marktverlauf: Bei Rindern und Kälbern ruhig. Bei Schweinen ziemlich matt. — Der Hammelmarkt wurde wegen der bekannten Differenzen nicht abgehalten.
Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Schwereverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.
Magerviehmarkt Berlin-Friedrichsfelde.
(Amtlicher Bericht vom 27. Januar.)
Auftrieb: 356 Schweine, 318 Ferkel. Es wurden gekauft im Engros- und Einzelhandel für das Stück: Säuger: 7—8 Monate alt 80—100, 5—6 Monate alt 60—75, Ferkel: 3—4 Monate alt 40—50, 6—8 Wochen alt 24—30, 9—13 Wochen alt 30—38, 6—8 Wochen alt 24—30, 9—13 Wochen alt 30—38, 6—8 Wochen alt 24—30.
Marktverlauf: ruhig. Bei Ferkelpreisen etwas höher.
Gedenktafel für den 29. Januar.
1814 † Der Philosoph Joh. Gottl. Fichte in Berlin (* 1762) — 1860 † Der Dichter Ernst Moritz Arndt in Bonn (* 1769) — 1921 Ende der Konferenz von Paris (24.—29.) — 1922 Anerkennung der Souveränität Venezuelas durch Großbritannien.
Sonne: Aufgang 7,43, Untergang 4,44.
Mond: Aufgang 5,17, Untergang 8,10 S.

Letzte Nachrichten.

Veränderungen in der deutschen Diplomatie.
— Berlin, 28. Januar. Wie verlautet, sollen in der Befehung der deutschen Gesandtenposten im Ausland wichtige Veränderungen bevorstehen. Der Gesandte in Haag, von Lucius, soll nach Wien gehen und dort den Gesandten Dr. Pfeiffer ablösen. In Haag soll Lucius durch den Gesandten Dufour, der gegenwärtig in der Londoner Botschaft tätig ist, ersetzt werden. Der Gesandte in Athen, Herr von Schoen, wird den Posten in Budapest übernehmen.
Das Hauptverfahren gegen Antisler eröffnet.
— Berlin, 28. Januar. Die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Antisler, Blau und Genossen ist jetzt durch Beschluß der zuständigen Strafkammer erfolgt. Das Verfahren gegen den ehemaligen Direktor der Staatsbank, Dr. Käse, sowie gegen Justizrat Dr. Werthauer und Rechtsanwalt Engelbert wurde eingestellt.
Der neue sächsische Finanzminister.
— Dresden, 28. Januar. Der demokratische Abgeordnete Dr. Dehne ist vom Ministerpräsidenten Feld zum Finanzminister als Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Reinhold ernannt worden.
ErwerbslosenDemonstrationen in Breslau.
— Breslau, 28. Januar. Vor dem hiesigen Hauptbahnhof kam es gestern zu einer großen Demonstration der Erwerbslosen, die schließlich so bedrohliche Formen annahm, daß die Polizei mit blauer Waffe und mit Gummiknüppeln einschritt. Die Demonstranten konnten erst nach heftiger Gegenwehr zerstreut werden.
Dr. Seipel kommt nach Berlin.
— Wien, 28. Januar. Wie verlautet, wird sich der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel am 3. Februar nach Abschluß der Verhandlungen des Christlich-Sozialen Parteitages nach Berlin begeben, wo er sich mehrere Tage aufhalten wird. Dr. Seipel wird mit den Führern der Zentrumspartei in Verbindung treten und auch mit den amtlichen Stellen Fühlung nehmen. In politischen Kreisen mißt man der Reise besondere Bedeutung bei.
Chamberlain in Paris.
— Paris, 28. Januar. Der britische Außenminister Chamberlain ist auf der Rückreise von Italien nach London in Paris angekommen.
Die portugiesischen Fälschungen.
— Paris, 28. Januar. Einer Lissaboner Meldung zufolge ist im Zusammenhang mit der Fälschung der Angolabank, die kurz vor den ungarischen Banknotenfälschungen aufgedeckt wurde, der bisherige portugiesische Gesandte in Haag wegen Teilnahme an den Fälschungen verhaftet worden. Der „Matin“ behauptet, der Hauptdrahtzieher der portugiesischen Fälscherangelegenheit sei ein Deutscher, namens Jennis, der 4 Millionen Pfund Sterling für die Gründung der Angolabank gegeben habe. Die Bank habe ausschließlich „deutschen Propagandazwecken“, und zwar in erster Linie dem Ankauf der portugiesischen Kolonie Angola für Deutschland dienen sollen.
Eine Tänzerin als Spionin verhaftet.
— Paris, 28. Januar. Bisher sind in der englischen Spionageangelegenheit die Erhebungen des Untersuchungsrichters noch nicht zum Abschluß gekommen. Nunmehr wurden Briefe beschlagnahmt, die an die noch in Haft befindlichen drei Engländer, Leather, Phillips und Fisher, unter der Deckadresse einer ausländischen Bank in Paris gerichtet waren. Aus den Briefen ging hervor, daß an die Tänzerin Lefebvre in London aus Paris Geldsendungen gelangt sind. Die Tänzerin ist daraufhin gestern verhaftet worden. Sie sagte aus, daß sie ihr Leather unter einem falschen Namen genähert habe, und sie gestand ein, auch Phillips gekannt zu haben.

Boubois lofe, im bekannten Güte.
Elefant-Drogerie
Blutfrische
grüne Siringe
empfehlen
Bruno Hamann
Reifeier
extra billig bei
H. Segewald, Altenberger Str.
Drucksachen: C. Jobne
Dalli-Glässtoff zum Plätten
Elefant-Drogerie

Deutscher Abend
veranstaltet von der
Jungdeutschen Schwesternschaft
Dippoldiswalde
Sonabend, 30. Januar, abends 8^{1/2} im Schützenhaus.
Die Dichterin Maria Kahle spricht über „Jungdeutsche Aufgaben“.
Eintritt 50 Pf. ohne Steuer.

landischen Bank in Paris gerichtet waren. Aus den Briefen ging hervor, daß an die Tänzerin Lefebvre in London aus Paris Geldsendungen gelangt sind. Die Tänzerin ist daraufhin gestern verhaftet worden. Sie sagte aus, daß sie ihr Leather unter einem falschen Namen genähert habe, und sie gestand ein, auch Phillips gekannt zu haben.
Die Aufteilung der Mandschurie.
— Tokio, 28. Januar. Im Auftrage der Sowjetregierung hat der russische Botschafter in Tokio der japanischen Regierung den Vorschlag gemacht, in Verhandlungen über eine Neuabgrenzung der Interessensphären zwischen Rußland und Japan in China und insbesondere in der Mandschurie einzutreten. Die japanische Regierung hat bereits ihr Einverständnis erklärt.
Großer Fabrikbrand.
— Rittau, 28. Januar. Ein Teil der „Mechanischen Weberei“, eine der größten Textilfabriken Rittaus, ist einem Großfeuer zum Opfer gefallen. Vor allem in Rittau lebhaft geäußert wurden die Schlichterei und die Spulerei sowie der große, etwa 700 Stühle umfassende Webstuhl. Des Weiteren sind neben den Gebäudeteilen zahlreiche Webmaschinen und große Mengen von Halbfabrikaten zerstört worden.
Besprechung Dr. Luthers mit den Führern der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Berlin, 27. Januar. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hält Reichskanzler Dr. Luther morgen Vormittag eine Besprechung mit den Führern der Wirtschaftlichen Vereinigung ab, an der auch Außenminister Dr. Stresemann und Wirtschaftsminister Dr. Curtius teilnehmen werden. Von dem Ergebnis dieser Besprechung wird das Verhalten der Wirtschaftlichen Vereinigung bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum abhängen.
Profiana schwer erkrankt.
Berlin, 27. 1. Wie die Vossische Zeitung aus Bukarest meldet, erlitt der Ministerpräsident Profiana am Dienstagabend einen schweren Schlaganfall.
Die Räumung Bonn am 30. Januar beendet.
Bonn, 28. 1. Nach einer amtlichen Mitteilung der Besatzungsbehörde werden am Sonnabend, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr die letzten Truppen Bonn verlassen. Um 2 Uhr wird die Fahne eingehoben werden. Sollten jedoch Engländer und Belgier bis zum 30. Januar ihre Gebiete noch nicht völlig geräumt haben, so wird auch ein kleines französisches Kommando noch in Bonn verbleiben.
Rundgebungen gegen die Fürstenabfindung in Berlin.
Berlin, 27. Januar. Heute nachmittags hatten die Kommunisten ihre Anhänger nach dem Berliner Lustgarten zusammengerufen, um gegen den Ausgleich mit den deutschen Fürsten zu demonstrieren. Die Beteiligung an der Rundgebung war eine ungewöhnlich starke. Von etwa 20 Stellen aus wurden Ansprachen gehalten. Unter den Rednern sah man die Abg. Höllein, Remmele, Mühlberg, Schelenus, Meyer usw. Von der Plattform des Denkmals Friedrich Wilhelm III. hielt der Abg. Oberlein eine Ansprache, in der er sich für die Entseignung der Fürsten aussprach. Fanfarenzüge schlossen die Rundgebung. Die Massen zogen hierauf unter dem Vorantritt von Musikkapellen wieder in die Bezirke ab. — Am Abend hielt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf 8 Stellen Versammlungen ab, die so besucht waren, daß sich Parallelerwerbungen nötig machten.

Schwacher Besuch der abfindungsgegnerischen Rundgebungen.
Hamburg, 28. 1. Die Rundgebungen gegen die Fürstenabfindungen sind durchweg schwach besucht gewesen. Weder in Hamburg, noch in Altona und Wandsbeck ist es zu Ruhestörungen gekommen.

„Schöne Aussicht“ Oberkipsdorf
Neue Bewirtschaftung!
Freitag, am 29. 1. und Sonnabend, am 30. 1.
Einzugs-Schlachtfest
wozu Fremdbüchtl. einladen Paul Gimpel und Frau

Auf moderner Saatveredelungsanlage mit Saatauslese
reinige und sortiere ich Saatgetreide
und gewinne ein „Edelsaatgut“
von hoher Keimkraft Keimz. von Wertgetreide billigst.
A. Schönberger, Reichstadt Nr. 51
Tanzstunde
im Gasthof Höckendorf
beginnt Donnerstag, am 11. Februar, abends 8 Uhr. Werte Anmeldung beim Beginn dabeist erbeten
Um zahlreiche Beteiligung bitte
Ernst Pöthig, Tanzlehrer

Weißer Zähne
erzielen Sie schon durch 1—2 maliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Zahnpaste **Chlorodont**, sie besorgt sofort üblen Mundgeruch. Überall zu haben.
355

Mein
Inventur-Ausverkauf
bietet Ihnen vorteilhaften Einkauf in allen Abteilungen
10% Rabatt
auf alle Waren, welche nicht extra angesetzt sind außer Federn und Bettfedern
Max Langer
Dippoldiswalde

Bekanntmachung.
Betr. Erwerbslosenfürsorge.
Nach der Verordnung des Herrn Reichsarbeitsministers vom 21. Januar 1926 steht für den Erwerb der Anwartschaft auf die Erwerbslosenfürsorge die Beschäftigung eines Angestellten, der auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes jedoch nicht nach der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Krankheit pflichtversichert ist, eine Beschäftigung gleich, in der ein Arbeitnehmer gegen Krankheit pflichtversichert ist.
Beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge sind auch die vorstehend genannten Angestellten und ihre Arbeitgeber. Bei der Berechnung der Beiträge wird die obere Grenze der Krankenversicherungspflicht (M. 2700.—) als wirklicher Arbeitsverdienst zugrunde gelegt. Die Beiträge sind an die Krankenkasse zu entrichten, bei der die Angestellten für den Fall der Krankheit pflichtversichert wären, wenn ihr Arbeitsverdienst nicht über die Grenze der Krankenversicherungspflicht hinausginge.
Arbeitgeber, die Angestellte der vorgenannten Art beschäftigen, werden hiermit aufgefordert, dies innerhalb 3 Tagen der Krankenkasse zu melden. Die Meldung ist als „Beitragsmeldung zur Erwerbslosenfürsorge“ zu bezeichnen und muß die Angestellten nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Wohnung, Beschäftigungsort, Arbeitsverdienst und Beginn des Beschäftigungsverhältnisses auführen.
Endet das Beschäftigungsverhältnis oder wird die obere Verdienstgrenze der Angestelltenversicherung (M. 6000.—) überschritten, so ist der Angestellte abzumelden. Die Beiträge sind bis zum Eingang der ordnungsmäßigen Abmeldung abzuführen. Die Arbeitgeber haben die Beiträge gesondert abzuführen und können zu den Meldungen die üblichen Meldevordrucke der Krankenkasse benutzen.
Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Beiträge auch für die bei Erkrankten versicherten Angestellten der oben bezeichneten Art an die Allgemeine Ortskrankenkasse abzuführen sind. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1926 in Kraft.
Dippoldiswalde und Schmiedeberg, den 28. Januar 1926.
Allgemeine Ortskrankenkasse Dippo'diswalde-Stadt
Allgemeine Ortskrankenkasse Dippoldiswalde-Land
(Sitz Schmiedeberg)

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft.

Vor einiger Zeit erklärten die deutschen Eisenbahngewerkschaften, daß sie hofften, daß aus der Reparationsbahn wieder eine Deutsche Reichsbahn werde. Auch auf dem Breslauer Gewerkschaftstag wurde über die Deutsche Reichsbahn verhandelt. Warum wohl?

Am 1. 10. 24 war das erste Jahr verfloßen, in dem die seinerzeit selbstständig gemachte Deutsche Reichsbahngesellschaft unter dem Dawesplan gestellt wurde. Die Deutsche Reichsbahn wurde damit der Oberhoheit des Staates entzogen und in die Hände des ausländischen Kapitals gegeben. Die Hauptträgerin der Reparationsverpflichtungen ist ohne Zweifel die Deutsche Reichsbahngesellschaft. Aber in der Hand des Feindbundes ist sie ein Werkzeug, mit dem der Feindbund die deutsche Wirtschaft nur soweit ausleben zu lassen braucht, als die Deutsche Reichsbahngesellschaft die übernommenen Verpflichtungen gerade abdecken kann. Das ist eben das ungemein gefährliche!

Um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können, muß die Reichsbahngesellschaft u. a. hohe Frachtsätze nehmen, was eine erneute Belastung der Industrie bedeutet und mit dazu beiträgt, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu erschweren. Dies hat wiederum zur Folge, daß der Güterverkehr lahmgelegt wird, zumal auch hoch dazu kommt, daß auf nähere Entfernungen die Beförderungskosten in Kraftwagen billiger sind als im Bahnverkehr. Daß der Abgang im Güterverkehr durch den Personenverkehr ausgeglichen werden kann, ist ausgeschlossen. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bemüht sich vergeblich, finanzielle Vorteile zu erringen. Es gelang ihr bis jetzt nicht, die Betriebsaufwendungen herunterzuschrauben; auch der Personalabbau brachte diese finanziellen Vorteile nicht. Die fast katastrophale Lage der Deutschen Reichsbahn greift auch unmittelbar in die Beschäftigung der deutschen Industrie ein. Dies kann man am klarsten in folgenden Beispielen erkennen:

Im verfloßenen Jahre hat die Deutsche Reichsbahn noch nicht einmal 5 000 Lokomotiven und Wagen in Auftrag gegeben, darunter nur 200 Lokomotiven. In normalen Zeiten gab sie jährlich 60 000 Lokomotiven und Wagen in Auftrag. Wenn es jetzt schon so steht, wie soll es da erst werden, wenn die Reparationsverpflichtungen immer mehr anwachsen, wenn die Reichsbahn allein jährlich 2,4 Milliarden Goldmark einschließlich Zinsen auszubringen hat? Man könnte sagen, die Deutsche Reichsbahngesellschaft soll Kredite aufnehmen; das könnte sie; wenn es ihr nicht durch das Dawes-Entschten verboten wäre. Sie soll gegebenenfalls die Vorzugsaktien verkaufen. Hier tritt so richtig ins Licht, wie ungemein geschickt das System des Dawes-Entschten ist. Es fällt nämlich auf je 500 Millionen verkaufter Vorzugsaktien ein Sitz ins Ausland. Will die Reichsbahn die verkauften Aktien zurückkaufen, dann haben unsere früheren Feinde die Möglichkeit, die Bedingungen des Besserungsindex des Dawes-Entschten in Kraft treten zu lassen. Das bedeutet ohne weiteres eine Erhöhung der Leistungen an unsere früheren Feinde. Wir können nur hoffen, daß die Reichsbahn nie in die Lage kommt, ihre Vorzugsaktien verkaufen zu müssen.

Im gesamten deutschen Volke muß unbedingt die Erkenntnis Fuß fassen, daß für Deutschlands Aufstieg die Deutsche Reichsbahn, wenn nicht der wichtigste, so doch ein äußerst wichtiger Faktor ist, daß dieser Faktor zur Zeit das größte Hindernis für einen Aufstieg darstellt. Wenn es nicht gelingt, die jetzige Deutsche Reichsbahngesellschaft auf andere Grundlage zu stellen, dann wird die Entwicklung immer katastrophaler. Man muß erkennen, daß dies nur möglich ist, wenn in erster Linie die durch den Dawesplan auferlegten Lasten gemindert werden. Vielleicht ist die eingangs erwähnte Erklärung der deutschen Eisenbahngesellschaften der erste Anfang dieser Erkenntnis.

Einbruch in das Schloß von Mittau. In letzter Zeit sind in der Gegend von Rimpitsch (Schlesien) zahlreiche schwere Einbrüche verübt worden. Einige Mitglieder einer weitverzweigten Einbrecherbande konnten bereits verhaftet werden. Jetzt wurde das Schloß in Mittau von Einbrechern heimlich betreten, die durch das Schlosshaus in den Heizungsräumen und die unteren Herrschaftsräume eindrangen. Geraubt wurde eine Menge Silbergerät sowie ein kostbarer Pelz.

Verwegene Mäuererei. Ein junger Mensch erbeutete bei der Städtischen Sparkasse in Köln 25 000 Mark und ergriff die Flucht. Sofort setzte eine wilde Verfolgung ein. Als der Räuber die Unmöglichkeit eines Entkommens vor Augen sah, warf er das Geld von sich. Schließlich gelang seine Festnahme. Ein zahlreiches Publikum beteiligte sich am Auslesen der weggeworfenen Geldscheine, mit dem Erfolg, daß ein Teil der „schlechten Fäuler“ gleich im voraus einen Betrag von 2 100 Mark als „Fäulerlohn“ einsteht.

Von einer tödlichen Begebenheit weiß man aus Turin (Italien) zu berichten. Während der Nachkriegszeit war einer der Wächter, die die Aufsicht über ein staatliches Gebäude hatten, schlafend angetroffen worden. Diese Frevelhaftigkeit wurde mit einer Geldstrafe von 20 Lire belegt. Der zweite Wächter aber, der das Schlüsschen seines Berufsgenossen geduldet hatte, erhielt eine Strafe von 40 Lire. Wenn beide geschlafen hätten, wäre's jedenfalls billiger gewesen!

Ungewöhnlicher Modenschick. Seit einiger Zeit begnügen sich die Damen der Halbwelt nicht mehr mit reicher geschmückten Abendhüten, sondern sie haben sich jetzt als neueste Vorliebe ganze Reihherbstämme anfertigen lassen. Diese Modetorberei bedeutet ein schweres

Bergehen an unserer Vogelwelt, die infolge der starken Nachfrage nach Federn dauernd stärker in Mitleidenhaft gezogen wird.

Ein Deutscher modelliert die Papst-Hüte. In den letzten Wochen ist von dem bekannten Berliner Bildhauer Professor Joseph Almburg die Hüte Papst Pius des Ersten modelliert worden. Die Hüte, die in Rom gefertigt ist, kommt in Bobrex (Oberösterreich) zur Aufstellung, und zwar als Erinnerung an die im Jahre 1920 erfolgte Einfahrt des Papstes in den Johanna-Schacht, die damals vom Papst zum Studium des deutschen Steinkohlenbergbaues unternommen wurde.

Auf der Themse.

Von Dr. Kuhl- Berlin.

Die Themse oberhalb und unterhalb Londons zeigt ein völlig verschiedenes Bild. Von Englands Hauptstadt bis zur Mündung stellt sie einen breiten für den Weltverkehr unentbehrlichen Strom dar, der selbst von großen Dampfschiffen befahren wird. Die zahllosen Hafenanlagen, Werften und Fabriken nehmen hier den an sich einschränkten Flußufer jede Schönheit.

Ein ganz anderes Aussehen zeigt der Oberlauf! Hier fehlt jede störende Industrie. Die Themse windet sich in schmalen Biegungen durch eine idyllische Landschaft. Und doch hat die Natur selber zu ihrem Reiz nur wenig beigetragen. Es ist erstaunlich, wie diese Gegend nur durch Menschenhand mit einfachen Mitteln zu einem herrlichen Bild gestaltet worden ist.

Die schönste Strecke liegt zwischen Hampton-Court und Richmond. Eine Dampferfahrt auf diesem Teil bietet recht abwechslungsreiche Eindrücke.

Der Fluß strömt hier in langsamem Lauf zwischen niedrigen Ufern dahin, etwa wie der Teltow-Kanal bei Berlin, nur breiter. Aber wieviel das Auge erregende Einzelheiten sind zu erblicken! Da ist zunächst die große Auswahl schmuder Hausboote mit ihrem teils feinen reich geschmückten. Durch ihre geöffneten Fenster sieht man in richtige Salons, während auf dem Deck schlafende Ladies in bequemen Korbsesseln und Liegestühlen sich sonnen oder — Tee trinken.

Am Ufer folgt ein Landhaus bzw. Sommerhäuschen von einem, die zur Erholung am Wochenende bestimmt sind. Alle sind hell gestrichen und natürlich mit Blumen reich geschmückt. Dazwischen die unmaßstäblichen, kurz gehaltenen Rasenflächen, an deren taubloser Instandhaltung die Eigentümer selber mit bewundernswertem Eifer mitarbeiten. Dessen ungeachtet folgen und eine lange Uferpromenade, deren blumenumtante, staubfreie Wege — ja sogar Palmen sind hier aufgestellt — zu wundervollen Spaziergängen einladen.

Bislang wird die bisher herrschende Stille von lautem Rufen unterbrochen. Entgegen kommen zwei Sportboote, deren Insassen, je zwei Damen, mit aller Kraft an den Riemen ziehen. Es handelt sich um ein Damenwettrudern, und eine große Menschenmenge verfolgt am Ufer und von den anderen Booten aus sportbegierig mit lautem Rufen den Kampf.

Doch schnell lassen wir den Rärm hinter uns, und wieder herrscht hier die für England so typische Ruhe, obwohl der Dampfer voll besetzt ist, allerdings von Menschen, die nach englischer Manier kaum miteinander sprechen! Eine Anzahl von Paddelbooten, Punt und gewöhnlichen Ruderbooten treibt gemächlich dahin. Manche Fahrzeuge tragen die ganze Familie, viele sind mit einem zusammenklappbaren Verdeck versehen, um den Insassen auch bei den häufigen Regenfällen die Ausübung des gesunden Wasserports zu ermöglichen.

Nur zu schnell ist die Villenvorstadt Richmond, der Mittelpunkt des weltbekanntesten englischen Ruderports erreicht. Hier ändert sich die Landschaft. Das mit einem herrlichen alten Baumbestand bewachsene Ufer steigt steil empor. Wie vergraben im Grün liegen die alten Patrizierhäuser und die unentbehrlichen Teewirtschaften.

Wir verlassen das Schiff, um im bequemen Autobus auf schnellstem Wege in das Häusermeer der Riesstadt zurückzufahren.

Kunst und Wissen.

— Zum 25. Todestage Verdi. Am 27. Januar sind es 25 Jahre her, daß der berühmte italienische Opernkomponist Giuseppe Verdi, von der Waise des Lebens abgerufen wurde. Verdi, am 1. Oktober 1813 zu Roncole bei Busseto (Verona) geboren, studierte, nachdem der Direktor des Mailänder Konservatoriums seine Aufnahme abgelehnt hatte, bei Lavigna, einem Kapellmeister des Scala-Theaters. Seine ersten Erfolge erlebte er im Jahre 1839 mit der Oper „Oberto, conte di San Bonifacio“. Mit wechselndem Erfolg schrieb er nicht nur Opern, sondern auch Werke für Chor und Orchester, wobei er sich stets als Meister der Instrumentation bewies. Mit seinen später entstandenen Opern „Macbeth“, „La Traviata“, „Trubadour“ und „Aida“, die durch ihren Melodienreichtum entzücken und ohne die auch heute



Giuseppe Verdi

nach keine Opernbühne auskommen kann, begründete es seinen Weltruf.

— Götter-Gedächtnisfeier. Anläßlich des 150. Geburtstag des großen Gelehrten und Publizisten Görres fand in seiner Geburtsstadt Koblenz ein Festakt statt, an dem sich die Behörden und die Bürgerschaft überaus rege beteiligten. — In einer gleichen Feier vereinigten sich in Berlin die katholischen Akademiker, die Deutsche Zentrumspartei der katholischen Frauenbund, der Augustinus-Verein und die Deutsche Görres-Gesellschaft, im dichtbesetzten Plenarsaal des Reichstages. Die Festrede hielt Geheimrat Dr. Wilhelm Schellberg-Berlin. Die nächste Ansprache hielt der Hauptredakteur der Kölnischen Volkszeitung Dr. Karl Hofer über die soziale Sendung des Gelehrten. Dr. Wilhelm Vogaufer, Vetter des Sprechers der Universität, las Abschnitt aus Görres Werken vor. Die Feier verlief außerordentlich reichhaltig, wozu namentlich auch die Darbietungen des Bassika-Chores von St. Hedwig (Berlin) beitrugen.

Kirche und Schule.

— Vom Reichsverband deutscher Volksschullehrerinnen wurde in Berlin im früheren Herrenhaus eine Kundgebung abgehalten, in deren Mittelpunkt das Thema: „Das Deutschtum im Auslande und die deutsche Volksschule“ stand. Eine große Anzahl von Vertretern der Organisationen des Grenz- und Auslandsdeutschtums war zugegen. In seinem Hauptvortrag über Auslandsdeutschtum und Heimat führte der ehemalige Kultusminister Preußens, Dr. Voelz, unter anderem aus, wesentlich härter als je zuvor habe sich jetzt im deutschen Volke die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die 40 Millionen Auslandsdeutschen mit uns verbunden seien. In dieser Frage bestehe jetzt auch in den Parlamenten eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zur äußersten Rechten. In einem weiteren Vortrage wurden die besonderen Aufgaben der Volksschullehrerinnen zur Förderung des Grenz- und Auslandsdeutschtums behandelt.

Was mancher nicht weiß.

Die Zahl der menschlichen Atemzüge in der Minute beläuft sich auf 18.

Unter Zugrundelegung des heutigen Bevölkerungswachstums müßte die Erde im Jahre 2100 mit nicht weniger als sechs Milliarden Menschen bevölkert sein.

Bei einem Erwachsenen beträgt die Zahl der Haare durchschnittlich 120 000 bis zu 150 000.

Zur Nimmerzeit besaß die Stadt Trier ein Amphitheater, das insgesamt 57 000 Sitzplätze aufwies.

Schon vor 2000 Jahren wurde von den Galliern Seife aus Bleiensetz und Buchenrinde verfertigt.

Untersuchungen im Amazonasstrom haben ergeben, daß dort nicht weniger als 670 verschiedene Arten von Süßwasserfischen vorhanden sind.

Man kennt nicht weniger als 10 000 verschiedene Arten von Pilzen und Pilzschwämmen.

Das höchste Alter, das eine Dientenkönigin erreichen kann, beträgt fünf Jahre.

Vom Vollmond wird die Helligkeit, die beim letzten Mondviertel zu beobachten ist, um das Achtfache übertrifft.

Irrfahrten der Stradivari.

Die russisch-amerikanische Violinvirtuosin Tosen Seidel rühmt sich, Londoner Plätttermeldungen zufolge, in den Besitz der berühmten Stradivarigeige gekommen zu sein, die unter dem Namen „Stradivari Da Vinci“ Weltruhm erlangt hat.

Mancherlei Lücken hat die Geschichte dieses wundervollen Instrumentes aufzuweisen. Die Geige wurde im Jahre 1714 von Antonio Stradivari gebaut und enthält seinen Namenszug mit dem Datum der Fertigstellung. Frau Seidel versichert, daß das Instrument keine Spur von Ausbesserungen zeigt. Die Geige befand sich im Jahre 1886 in Paris, im Besitz eines gewissen Chardon, der sie an einen bekannten Pariser Instrumentenhändler verkaufte. Von da an blieb der Stradivari Da Vinci verschunden. Er ging vermutlich durch mehrere Hände, bis er endlich in den Besitz eines Berliner Instrumentenhändlers gelangte, von dem ihn Frau Seidel gekauft hat.

Die Geigerin versichert, daß das berühmte Instrument seit 60 Jahren nicht mehr im Konzertsaal gespielt worden sei.

Buntes Allerlei.

Wie berühmte Meisterwerke entdeckt werden. Von Zeit zu Zeit tauchen in der Presse Meldungen über seitfame Schicksale berühmter Meisterwerke auf. Einen eigenartigen Fall berichtet die Madrider „Epoca“ von einer Zeichnung aus der Hand Michelangelos, die um einen lächerlichen Preis gekauft und um eine ungeheure Summe wieder losgeschlagen wurde. Der bekannte spanische Kunstkritiker Aureliano Bernete war ein großer Liebhaber alter Kunstwerke und besaß eine Sammlung, die allgemein als musterhaft galt. Von Zeit zu Zeit besuchte ihn eine alte Tröblerin, um ihm Kunstgegenstände zu verkaufen, die sich in ihren Kramladen verirrt hatten. Eines Tages brachte ihm diese Frau eine Zeichnung, die Bernete für die beiseitene Summe von 10 Peseten erwarb. Nach sorgfältiger Prüfung erkannte der Sammler in der Zeichnung ein Werk von Michelangelo, eine Auffassung, die von den übrigen Kunstkennern bestätigt wurde. So konnte die Zeichnung für die stattliche Summe von 260 000 Pesetas nach Amerika verkauft werden.

Ribot und der Bauchredner. Der verstorbene frühere französische Ministerpräsident Alexandre Ribot hatte, wie eine ergötzliche Anekdote berichtet, in seiner ministeriellen Zeit einen ebenso erbitterten wie unaus-

